

(Un-)patriotische Beobachter Auch «Wirtschaftskriege» stellen Journalisten vor die Wahrheitsfrage

ras. Am Mittwoch stand folgendes Wort auffällig oft in den Schlagzeilen der Tagespresse: Wirtschaftskrieg. Grund für den Boom ist eine Aussage, die der Bankenaufsichtspräsident Eugen Haltiner am späten Dienstagabend im SF-«Club» gemacht hatte. Nachtelenprogramme finden selten grossen Widerhall in der Presse, die sich zu diesen Zeiten auf den redaktionellen Abpfiff fixiert, weil die Druckmaschinen gefüttert werden müssen. Doch das Schweizer Fernsehen war behilflich. Es verschickte am frühen Abend eine Zusammenfassung der vorproduzierten Sendung. Darin standen diese Worte von Haltiner: «Wir befinden uns gegenwärtig in einem Wirtschaftskrieg, in dem Machtblöcke zu ihren Gunsten Interessen vertreten und alle Mittel einsetzen, um ihre Interessen zu erfüllen. Jede Nation kämpft für sich.»

Botschaften mit Sprengkraft

Wo Kriege ausbrechen, wird meist als Erstes die Wahrheit zerschmettert. Journalisten haben diese Einsicht im Fall von militärischen Konflikten schon oft beklagt und über Gegenmassnahmen nachgedacht. Das Problem stellt sich aber auch bei Wirtschaftskriegen, in denen kein Militärpolizist oder staatlicher Zensor die Medienschaffenden am Schnüffeln hindert. Doch je näher die Front kommt, desto mehr entwickelt jede Art von Botschaft gefährliche Sprengkraft. Das gilt nicht zuletzt in Finanzkrisen, in denen Vertrauen Gold wert ist. Kann dann ein Journalist noch ungeschminkt sagen, was er weiss, wenn er damit rechnen muss, dass seine Botschaft die Situation einer wichtigen Firma oder gar die Lage des Landes verschlimmert? Oder wird dann aus dem Berichterstatter ein Landesverräter?

Solche Fragen drängen sich seit der Verschärfung der weltweiten Finanzkrise auf. Der «Blick am Abend» titelte am Dienstag: «UBS: Hayek zieht seine Millionen ab». Der Swatch-Chef, so stand da, habe genug von CS und UBS und verschiebe sein Geld auf andere Banken. Derartige Berichte können dazu beitragen, dass in einer ohnehin aufgeheizten Stimmung verängstigte und empörte Bankkunden dem bekannten Unternehmer nacheilen. Eine Kettenreaktion hätte unabsehbare Folgen.

Die Meinung, hiesige Journalisten stellten den Patriotismus zugunsten des kurzfristigen Schlagzeilengewinns stets hintan, wäre allerdings falsch. Das zeigte etwa die Berichterstattung vor einer Woche über die Übergabe von UBS-Kunden-Daten an die USA. Diverse Zeitungen rückten am Freitag in den ersten Kommentaren den erpresserischen Akt seitens der Amerikaner in den Mittelpunkt. «Yes, we can - euch fertigmachen», titelte bitter der «Blick», der früher die Managerlöhne heftig skandalisiert hatte. «Eine klare Erpressung», meinte der «Bund». Lauter wurde die Kritik an der UBS erst am Samstag und dann in der Sonntagspresse.

Die mediale Meinungslage punkto Bankgeheimnis scheint so schwankend, wie es die wirtschaftliche und politische Situation ohnehin ist. In den Berichten schimmert das bange Wissen durch, als kritischer Beobachter am Ast zu sägen, auf dem man ebenfalls sitzt. Sarkastisch vermerkte SF-Chefredaktor Ueli Haldimann am Samstag in seinem Blog: «Jahrelang haben Bankenkreise versucht, die Journalisten dazu zu bewegen, nicht mehr vom Bankgeheimnis zu sprechen, sondern vom Bankkundengeheimnis. Geschützt werden solle ja nicht das Geheimnis der Bank, sondern jenes der Bankkunden. Jetzt, da das Geheimnis der Bankkunden nur noch von Fall zu Fall geschützt wird, sprechen wieder alle nur noch vom Bankgeheimnis.»

Den Zielkonflikt wird allerdings kaum ein Journalist negieren. Wer ohne Rücksichten informiert und rein gesinnungsethisch denkt, kann das Landesinteresse gefährden. Und wer aus Furcht vor unabsehbaren Folgeschäden Informationen zurückhält, läuft Gefahr, das Vertrauen des Publikums zu verspielen. Das wäre ebenso existenzgefährdend; zumindest für den jeweiligen Medienbetrieb. Die immer wieder einmal formulierte Kritik, die Medien hätten durch ihre Informationsart die Wirtschaftskrise verschärft oder gar herbeigeschrieben, ist aber sicher nicht haltbar. Die Fakten legen das Versagen der Finanzbranche schonungslos offen.

Kassandra-Gefahr

Man kann den Medien nicht einmal vorwerfen, beim Deuten der schon lange blinkenden Alarmzeichen versagt zu haben. Warum hätten sie mehr wahrnehmen sollen als die staatlichen Aufsichtsbehörden und die bedeutend finanzkräftigeren Branchenanalytiker? Und wenn die Journalisten schon früh die Sirenen losgelassen hätten, wären sie wohl als unseriöse Miesmacher belächelt oder verschrien worden.

PS: Wer definitiv genug hat von den schlechten Nachrichten und von Vogel Strauss träumt, findet Hilfe im Internet: <http://recessionblocker.com> filtert die unangenehmen Botschaften beziehungsweise Wörter aus den Online-Nachrichten heraus.